

**Projektland: Philippinen****Quartal/Jahr: Oktober bis Dezember
2010****Schlagzeilen:**

- **„Kommission zur Wahrheitsfindung“ vom Obersten Gerichtshof untersagt**
- **Breite Zustimmung der Bevölkerung für Präsident Aquino**
- **Friedensgespräche mit moslemischer und kommunistischer Untergrundbewegung eingeleitet**
- **Wirtschaftsentwicklung weiter stabilisiert**

Als Teil der politischen Aufarbeitung vermeintlicher Unregelmäßigkeiten und Missstände unter der Vorgängerregierung hatte Präsident Benigno „Nonoy“ C. Aquino III wie bereits in seiner Antrittsrede angekündigt durch Präsidialerlass (Executive Order 1) die Bildung einer „Kommission zur Wahrheitsfindung“ („Truth Commission“) angeordnet. An die Spitze dieser fünfköpfigen Einrichtung berief er den früheren Vorsitzenden des Obersten Gerichtshofs der Philippinen, Hilario G. Davide Jr. Die Hauptaufgabe der Kommission sollte darin bestehen, Fälle von Korruption, Bestechung und Verschwendung öffentlicher Mittel während der neunjährigen Amtszeit seiner Vorgängerin, Präsidentin Gloria M. Arroyo, herauszufinden, die Verantwortlichen hierfür zu identifizieren und falls erforderlich und möglich, gegen diese gerichtliche Schritte einzuleiten. In der Bevölkerung fand diese Entscheidung breite Zustimmung und Unterstützung, vor allem, da die Ergebnisse auch die Grundlage für eine verbesserte Bekämpfung von Korruption und staatlicher Misswirtschaft bilden sollten, dem Wahlspruch des Präsidenten folgend: „Ohne Korruption gibt es keine Armut“.

Gegen die Bildung dieser Kommission hatten sowohl der Vorsitzende (Minority Leader) der oppositionellen Minderheit im Repräsentantenhaus, der Abgeordnete Edcel C. Lagman wie auch ein Geschäftsmann unabhängig voneinander Verfassungsbeschwerde eingelegt. Mit einem Votum von zehn zu fünf erklärte der Oberste Gerichtshof die Bildung der Kommission für verfassungswidrig, da sie nur Missstände der Regierung Arroyo untersuchen wolle und damit gegen den Gleichheitsgrundsatz verstieße. Außerdem verletze sie das Grundprinzip der Gewaltenteilung, da sie „quasi-gerichtliche“ Kompetenzen habe, die ihr nur durch ein Gesetz verliehen werden könnten; dieses wiederum wäre vom Philippinischen Kongress (Senat und Repräsentantenhaus) zu beschließen. Gegen die Entscheidung hat die Regierung Widerspruch eingelegt. Mit einer Revision des Urteils ist bei den aktuellen Mehrheitsverhältnissen im Gericht kaum zu rechnen, denn von den insgesamt 15 Obersten Richtern wurden 14 von Präsidentin Arroyo ernannt und gelten als ihr nahe stehend. Gegenwärtig prüft die Regierung, in welcher Form und auf welchem Wege sie die der Kommission zugedachten Aufgaben einer anderen Institution – einer existierenden oder einer neu zu schaffenden – übertragen kann. Der Weg über die Gerichtsbarkeit scheint

wenig erfolg versprechend, da auch die zuständige Behörde zur Anklageerhebung (Office of the Ombudsman) von einer Arroyo-Vertrauten geleitet wird.

Die Zustimmung großer Teile der Bevölkerung zu Präsident Aquino, die bereits in der Wahl für das höchste Staatsamt zum Ausdruck kam (42,1 Prozent der abgegebenen Stimmen entfielen auf ihn) und zu seiner Regierungspolitik hat sich auch in den ersten Monaten seiner Amtszeit bestätigt und sogar verstärkt. In unterschiedlichen Umfragen erklärten sich im vierten Quartal des vergangenen Jahres 74 bzw. 79 Prozent „zufrieden“ mit ihm und seiner Regierungsführung; nur 10 bzw. drei Prozent waren „unzufrieden“. Diese gute Bewertung teilen auch viele politische Kommentatoren und Vertreter der Wirtschaft. Sie vermerken einen deutlichen Unterschied zu den politischen Verhältnissen der vergangenen Jahre und verzeichnen größeres Interesse auf Seiten ausländischer Investoren an den Philippinen.

Und dieser Optimismus, der allenthalben zu spüren ist, ist berechtigt: Berichte über tatsächliche oder vermeintliche „Skandale“ im Regierungsapparat sind seltener geworden, die Arbeit in beiden Kammern des Philippinischen Kongresses hat sich verbessert (so wurde z.B. zum ersten Mal seit Jahren der Staatshaushalt für das kommende Jahr rechtzeitig, d.h. vor Ablauf des Vorjahres, beschlossen und vom Präsidenten unterzeichnet) und neue Konzepte und Strategien zur wirtschaftlichen – und damit am Ende zur sozialen – Entwicklung werden nicht nur formuliert, sondern konsequent in die Tat umgesetzt. Hierzu zählen u.a. die Initiative zur Verbesserung der Zusammenarbeit staatlicher und privater Kräfte in der Wirtschaft durch die Neuauflage eines PPP-Programms (Public-Private Partnership) zur Förderung der Bereiche Infrastruktur, Bildung und Erziehung, Gesundheit, Landwirtschaft und Tourismus sowie eine Beschleunigung der Verfahren zur Unternehmensgründung.

Auch in der Innenpolitik gehen Präsident Aquino und die jetzige Regierung die von ihm bei seiner Antrittsrede wie auch später in seinem ersten „Bericht zur Lage der Nation“ (Juli 2010) formulierten Kernaufgaben an, darunter Korruptionsbekämpfung und gute Regierungsführung, die Einleitung einer umfassenden Justizreform, Professionalisierung des Sicherheitssektors und allen voran die Wiederbelebung der Friedensgespräche mit den moslemischen (Moro Islamic Liberation Front, MILF) und kommunistischen (National Democratic Front, NDF und New People’s Army, NPA) Rebellengruppen. Zwar hatte auch die vorherige Regierung letzteres als vorrangige Aufgabe erklärt, sie aber mit wenig Enthusiasmus und ohne wirkliche Ernsthaftigkeit betrieben.

Nun wurden die Gespräche wieder aufgenommen, erste Verhandlungsrunden haben stattgefunden und augenblicklich werden Zeitabläufe für das weitere Vorgehen beraten. Zwar sind keine kurzfristigen Ergebnisse zu erwarten, aber Interesse und Bemühen beider Seiten zur Lösung dieser seit Jahrzehnten schwelenden Konflikte sind erkennbar. Außerdem erließ der Präsident eine Amnestie für alle Mitglieder der Philippinischen Streitkräfte, die der Rebellion gegen die frühere Präsidentin Arroyo angeklagt waren, unter ihnen auch ein Offizier, der 2007 zum Senator gewählt worden war, bisher aber wegen seiner Inhaftierung an keiner Senatssitzung teilnehmen konnte.

Diese Entwicklungen lassen erkennen, dass Präsident Aquino die Inhalte und Ziele seiner Regierungspolitik mit Entschlossenheit und Ernsthaftigkeit anzugehen gewillt ist und damit dem Wunsch weiter Bevölkerungsteile nach guter Regierungsführung, sozialem Ausgleich und besseren Lebensbedingungen nachkommen will. Zwar taucht gelegentlich Kritik auf, seiner Politik fehlten die langfristige Strategie und das Visionäre, bisher aber bestätigen erste Ergebnisse und Erfolge die Richtigkeit seines eher pragmatisch orientierten Regierungsstils.

Dabei scheut er sich nicht, Kritik an politischen Entscheidungen und Vorhaben anzunehmen und darauf einzugehen, ohne deren eigentliches politisches Ziel aus den Augen zu verlieren.

So hat er den offenen Konflikt mit der einflussreichen katholischen Kirche des Landes um die Verabschiedung eines neuen Gesetzes, das den Zugang der Bevölkerung zu unterschiedlichen Verhütungsmethoden erleichtern und damit zur Reduzierung des hohen Bevölkerungswachstums beitragen soll, dadurch vermieden, dass er eine gleichberechtigte Auflistung der von der Kirche akzeptierten wie auch der von ihr abgelehnten Methoden vorschlug und den Namen des Gesetzesentwurfs von „Reproductive Health Bill“ in „Responsible Parenthood Bill“ umändern ließ.

Diese positive gesamtpolitische Entwicklung geht mit einer weiteren Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage einher. So wird für das abgelaufene Jahr von einem Wirtschaftswachstum zwischen 7 - 7,4 Prozent (Bruttoinlandsprodukt) ausgegangen (die endgültige Zahl soll bis Ende Januar vorliegen). Für 2011 wird ein Anstieg um 7 – 8 Prozent prognostiziert und ein ähnlich hoher für 2012. Damit wären die Philippinen auf einem Weg, der sie auf eine Stufe mit anderen Ländern der Region stellte, es wäre ein kontinuierlich gleich bleibendes Wachstum gegeben (Stabilisierungseffekt) und vor allem hätte das Wachstum ein Volumen, das für eine tatsächliche Verbesserung des Lebensstandards größerer Bevölkerungsteile als Voraussetzung erachtet wird. Ein Wachstum dieser Größenordnung über einen Zeitraum von sieben bis acht Jahren halten Experten für notwendig, um die Philippinen ihrem gegenwärtigen Status eines „Entwicklungsland“ herauszuführen.

Eine Erhöhung der Staatseinnahmen wie auch die vorsichtige Ausgabenpolitik der jetzigen Regierung lassen erwarten, dass die Philippinen für 2010 ein niedrigeres Haushaltsdefizit ausweisen werden als ursprünglich noch unter ihrer Vorgängerin geplant. Die offizielle Inflationsrate liegt bei knapp unter 4 Prozent; dies gibt den Preisanstieg vor allem bei zahlreichen Grundnahrungsmitteln nur eingeschränkt wieder. Hier ist die Steigerung, zum Teil saisonal bedingt, deutlich höher.

Unter all diesen Vorzeichen können die Philippiner augenblicklich positiv der Zukunft entgegensehen. Und dies hat auch eine Umfrage zum Jahresbeginn bestätigt: über 90 Prozent der Befragten äußerten dabei, sie blickten mit Optimismus ins neue Jahr.

HERAUSGEBER: CHRISTIAN J. HEGEMER, LEITER IBZ
AUTOR: PAUL G. SCHÄFER
REDAKTION: PAUL G. SCHÄFER
LAZARETTSTR. 33 – 80636 MÜNCHEN –
TEL.: +49 (0)89 1258-0 – FAX: +49 (0)89 1258-359
E-MAIL: GRUNDSATZREFERAT@HSS.DE – HOMEPAGE: WWW.HSS.DE
Erstellt am: 20.04.2010